

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuller-Verbandes

Nr. 31 / 42. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannowitz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Mitglieder kostenfrei

Berlin, 3. August 1928

Einführung der Invalidenunterstützung.

Am letzten Tagung hat der erweiterte Vorstand gegen eine Stimme beschlossen: „Der Hauptvorstand wird beauftragt, eine Vorlage für Einführung der Invalidenunterstützung auszuarbeiten und dem nächsten Verbandstag zur Beschlussfassung vorzulegen.“ Welches rege Interesse dieser Frage aus Kollegenkreisen entgegengebracht wird, beweisen die zahlreichen Einwendungen, in denen das Für und Wider der Einführung der Invalidenunterstützung in unserem Verband erörtern ist. Die Invalidenunterstützung ist in der deutschen Gewerkschaftsbewegung keine ganz neue Erscheinung. Der Bauernverband, der Schuhmacherverband, die Lithographen und Steinbrücker, die Lederarbeiter, die Lebensmittel- und Getränkearbeiter, die Metzger und Wäschmeister und der Verkehrsband (dieser nur fiktiv) haben sie bereits eingeführt. Die Schuhmacher haben auf ihrem letzten Verbandstag die Einführung beschlossen, doch soll nach einer Urabstimmung darüber befinden. Der Holzarbeiterverband hat ebenfalls eine Vorlage für Einführung der Invalidenunterstützung zur Urabstimmung gebracht. Die Metallarbeiter, die Feinmechaniker, die Zimmerer und die Laborarbeiter beabsichtigen ernsthaft die Einführung dieser Unterstützungsmaßnahme vor, so daß in absehbarer Zeit rund zwei Drittel der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund organisierten Mitglieder für den Fall der Invaliddität und zum Teil auch für das Alter versichert sein dürften.

Dem Gedanken, daß die jegliche Unterstützung der invalid gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen ungenügend ist, verschließt sich naturgemäß kein denkender Mensch. Die Differenzen entstehen erst bei der Frage: Soll der Staat diese Besserstellung der Arbeitsinvaliden übernehmen oder wollen die Gewerkschaften beständig einwirken? Die moderne Gewerkschaftsbewegung hat schon immer den Standpunkt vertreten, daß es Aufgabe des Staates sein muß, die Lebenshaltung der invaliden und alter Arbeiter durch ausreichende Renten sicher zu stellen. Die Art für die Sozialreform der beständige Anpreisung und Anreiz gegeben. Ohne diese Anreize würde nicht entfernt im Deutschen Reich das geteilt worden sein, was bisher geteilt worden ist. Noch in den letzten Jahren des vorigen Jahrhunderts standen die gesamten offiziellen Volkswirtschaftslehre und ihnen folgenden Parlamente, auf dem Standpunkt, daß der Staat keinerlei Recht und Aufgabe habe, in die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiterklasse eingzugreifen. Es ist manches besser geworden und die Gewerkschaften werden nicht erlauben, auf die gelegentlichen Körperleistungen einzugehen, damit dieselben ihre sozialen Verpflichtungen erfüllen und die staatliche Unterstützung für die Betroffenen vernehmlich. Mit dem Hinweis auf die staatliche Unterstützung ist aber unseren Kollegen und Kolleginnen noch lange nicht geholfen. Selbst nach dem häufigsten Ausfall der Reichstagswahlen haben sich die Arbeiterkassen der Arbeiterklasse noch nicht so entwickelt, wie eine Herabsetzung der Altersgrenze für die Invalidenunterstützung und eine ausreichende Erhöhung der Renten durchzuführen zu können und wir werden immerhin noch eine Spanne Zeit abwarten müssen, bis diese Frage zur allseitigen Befriedigung gelöst werden kann.

Die Gegner der Einführung der Invalidenunterstützung sind die Gewerkschaften führen noch als Hauptgrund an, daß die Gefahr, daß durch den Ausbau des Invalidenunterstützungswesens der Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften vermisst und die Entwicklung zur Unterstützungsorganisation gefördert werde.

Dieses Argument ist so alt, wie die Einführung der Invalidenunterstützungseinrichtungen in der letzten Zeit, jedoch haben uns die Erfahrungen von ungedrungenen Jahrzehnte gezeigt, daß diese Befürchtungen unbegründet sind. Genau so schief ist der Hinweis, daß die Einführung der Invalidenunterstützung notwendig eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, die Werbeleistungen der Organisation lahmlegen wird. Niedrige Beiträge haben noch niemals die Mitglieder an den Verband gefesselt. Das Gegenteil ist richtig. In allen den Fällen, wo die Gewerkschaften dazu übergegangen sind, sich um die Gewerkschaften in Form von Krankenkassen und Arbeitslosenunterstützung eine bessere Bindung herbeizuführen, ist der Erfolg nicht ausgeblieben, trotz hoher Beiträge.

Der Sattler- wie der Tapeziererverband haben im Jahre 1908 die Arbeitslosenunterstützung beschlossen und die Beiträge erhöht. Bei den Sattlern stieg der Wochenbeitrag von 25 auf 45 Pfennige, bei den Tapezieren von 20 auf 30 Pfennige. Ein Teil der Kollegen, und der Vertreter dieser Stellen waren damals derselben Meinung, daß die Mehrbelastung der Mitglieder eine Massenflucht aus dem Verband herbeiführen

würde. Was ist geschehen? Ende 1903 zählte der Sattlerverband 3654, Ende 1906 6829 Mitglieder; beim Verband der Tapezierer waren Ende 1903 4818 und Ende 1906 8008 Mitglieder vorhanden. Niemand wird ernstlich die Behauptung aufstellen wollen, daß durch die Einführung dieser sozialen Unterstützungen in unserem Verband der Kampfescharakter der Organisation verloren gegangen sei. Da reden denn doch die Zahlen in unseren Jahresberichten eine zu deutliche Sprache. Auch die Befürchtungen, daß die Arbeitslosenunterstützung in den Gewerkschaften ein Hindernis darstellen werden für die Einführung der staatlichen Arbeitslosenunterstützung, hat sich als irrig erwiesen. Wohl ist auch die zurzeit bestehende Arbeitslosenunterstützung noch sehr verbesserungsbedürftig, es erscheint uns jedoch sehr fraglich, ob wir ohne die Pionierarbeit der freien Gewerkschaften schon das erreicht hätten, was zurzeit besteht. Es ist ja gerade das Besondere der freien Gewerkschaften, daß sie ihre Mitglieder nicht auf die ferne Zukunft verstoßen, sondern für die Gegenwart herauszuholen versuchen, was nur irgend möglich ist.

Sehr geteilter Meinung kann man sein über den Umfang des Teiles der Kollegen und Kolleginnen, der für die Unterstützung in Frage kommt, und über die Höhe der Unterstützungen und damit auch der zu leistenden Beiträge. Einige Kollegen vertreten die Ansicht, man solle alle Kollegen über 60 Jahre in den Genuss der Unterstützung gelangen lassen, um dadurch eine Entlastung des Arbeitsmarktes herbeizuführen. Diese Kollegen vergessen eine wichtige Tatsache, aufgebracht aus den Beiträgen der Mitgliedschaft, nicht nicht so hoch sein können, um damit diesen alten Kollegen einen sorgenfreien Lebensabend zu sichern. Wir werden es demnach keinem über 60 Jahre alten Kollegen, trotz der Unterstützung, voraussetzen, daß er noch geistig und körperlich rüstig ist, verwehren können, seiner gewöhnlichen Beschäftigung nachzugehen, und der gewöhnliche Effekt würde ausbleiben. Voraussetzung der Unterstützung wird sein müssen der Eintritt der Invaliddität, sei es durch Unfall, Krankheit oder Alter. Abhängig wird die Höhe der Unterstützung sein müssen von der Höhe des geleisteten Beitrages und von der Dauer der Mitgliedschaft.

Selbstverständlich wird man den Vorkämpfern unseres Verbandes gerecht werden müssen, indem man ihnen die seit Jahrzehnten geleisteten Beiträge errechnet und die Karenzzeiten entsprechend vergrößert. Auszugehen ist die Unterstützung auf die weiblichen Mitglieder und die Heimarbeit. Bei den Kolleginnen und den Hilfsarbeitern findet ein größerer Berufswechsel statt als beim gelernten Facharbeiter, doch bietet der Umstand, daß sich der Kreis der Organisationen, welche die Invalidenunterstützung bereits eingeführt haben, immer mehr vergrößert, eine gewisse Garantie dafür, daß beim Arbeitswechsel und dem damit verbundenen Übertritt in einen anderen Verband, die bereits geleisteten Beiträge zur Anrechnung kommen.

Der Umstand, daß der größte Teil der unserem Verband nahestehenden Organisationen die Invalidenversicherung bereits eingeführt hat oder deren Einführung vorbereitet, macht die Frage für uns äußerst aktuell. Unsere Kollegen sind, bei allem Idealismus, sehr gute Rechner und werden, wie es ja bereits geschehen ist, der Verbandsleitung den Vorwurf nicht erheben, daß sie mit der Zeit nicht mitgegangen sei. In einer ganzen Anzahl von Fällen vergrößern die Kollegen den Übertritt in unseren Verband, weil sie die erwerbenden Ansprüche an die Invalidenunterstützung nicht verlieren wollen.

Eine Frage von großer Wichtigkeit ist die Anrechnung aus Kollegenkreisen, man solle den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund veranlassen, für alle angeschlossenen Organisationen eine einheitliche Invalidenunterstützung einzuführen. Der Gedanke an und für sich hat etwas Befriedigendes an sich. Trifft man jedoch der Angelegenheit näher, so erkennt man erst die großen Schwierigkeiten, die dieser Lösung entgegenstehen. Die im ADGB bestehende Kommission für Verwaltungsreform beschäftigt sich seit Jahren damit, die Einrichtungen der freien Gewerkschaften einheitlich zu gestalten. Es wird noch langer Arbeit bedürfen, um diesem Ziel näherzukommen. Besonders bei der Invalidenunterstützung spielen Traditionen, Eigenart der Berufs, Höhe der Beiträge und damit der Unterstützungssätze usw. eine sehr große Rolle. Das Dringende für die nächste Zeit wird sein, die Anrechnung der erworbenen Rechte bei Übertritten zu garantieren. Zurzeit spricht aber noch etwas gegen die Zusammenlegung der Invalidenunterstützung in den ADGB. In den Händen der Gewerkschaften erfordert die Invalidenunterstützung fast keine persönlichen und sehr geringe sachliche

Verwaltungskosten. Wird diese Unterstützungsart im ADGB vereinigt, so läßt sich das für die weit über fünf Millionen Mitglieder nicht ohne die Einrichtung eines großen Verwaltungsapparates bemerkstelligen. Es wird daher in absehbarer Zeit nicht möglich sein, den Wünschen nach Einführung einer gemeinschaftlichen Invalidenunterstützungseinrichtung Rechnung zu tragen.

Es wäre verlockend, Vorläufe für die Höhe der Unterstützungssätze und der Beiträge zu machen, doch wird es Aufgabe des Hauptvorstandes sein, an der Hand von statistischen Unterlagen darüber das zu sagen, was zu sagen ist. Im Interesse der Organisation liegt es, wenn sich ein sehr großer Teil der Verbandsmitglieder für die Einführung der Invalidenunterstützung erklären wird. Die Invalidenunterstützung soll ein neues Bindemittel für die Angehörigen des Sattler-, Tapezierer- und Portefeullerverbandes darstellen. Noch ist die Situation sehr groß. Im Jahre 1927 wurden dem Verbande zugeführt 8400 männliche und 2638 weibliche, zusammen 11038 Mitglieder. An Abgängen waren festgesetzt 6816 männliche und 1974 weibliche, zusammen 8790 Mitglieder. Nur 20,2 Proz. der Zugänge verblieben im Verband, 79,8 Prozenge wieder verloren. Hoffen wir, daß sich die Einführung der Invalidenunterstützung als Mittel erweist, die Kollegen und Kolleginnen fester an den Verband zu fesseln.

Das ständige Problem der Rationalisierung.

(ZSB.) Es sind nur erst wenige Jahre vergangen, seit zum erstenmal in Arbeiterkreisen über das Problem der Rationalisierung, welche Folgen die stets zunehmende Mechanisierung der Arbeit zeitigen müsse und welchen Standpunkt die Arbeiterklasse dieser neuen industriellen Revolution gegenüber einzunehmen hätte, geschrieben wurde.

Inzwischen ist die Rationalisierung der Industrie in einem so schnellen Tempo fortgeschritten, daß ihre Folgen in allen Ländern wahrnehmbar sind und die Gewerkschaftsbewegung national wie international Stellung dazu genommen hat. Erfolgreich ist es, wie schnell die Gewerkschaftsbewegung sich gegenwärtig von der Bedeutung der Fragen Rechenschaft ablegt, die zu ihrer Zukunftsgestaltung gehören. So hat, um nur einige Beispiele anzuführen, die belgische Bundeszentrale schon im vorigen Jahre eine gewerkschaftliche Woche veranstaltet, um den Gegenstand allseitig zu besprechen, während in Oesterreich die Wiener Kammer für Arbeiter und Angestellte eine meisterhafte Studie über „Rationalisierung, Arbeitswissenschaft und Arbeiterschutz“ veröffentlicht hat. Weiter wird das Problem in fast allen Gewerkschaftsblättern des verdienten Interesses gewürdigt.

Anders als zur Zeit der Anfänge industrieller Entwicklung, als von einer letzten generalisierten Gewerkschaftsbewegung noch keine Rede war, steht die Arbeiterklasse nicht mehr teilnahmslos dem Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung gegenüber; sie hat ihre eigenen Auffassungen, ihr eigenes Urteil und stellt ihre Forderungen auf, Forderungen, die von der Unternehmerklasse nicht mehr ohne weiteres abgemessen werden können.

Daß die zunehmende Rationalisierung in das Leben des Arbeiters ein größeres Element der Unsicherheit hineingebracht hat, läßt sich wohl nicht mehr bestreiten. Unruhe unter den Arbeitern, einmal bei denen, die zu der einen, dann wieder bei denen, die zu der anderen Industrie gehören, ist an der Tagesordnung, sobald die Betriebe in den betreffenden Industriezweigen rationalisiert werden. Die Frage wird aufgeworfen, ob Rationalisierung nur — nicht allein vorläufig, sondern auch auf die Dauer — den Arbeitern zum Nachteil gereichen wird und ob die Arbeitslosigkeit eine ständige Begleiterscheinung derselben bleiben soll.

Daß der Unsicherheitsfaktor im Leben des Arbeiters — sowie auch, was nicht vergessen werden darf, des Angestellten — nicht bald verschwinden wird, ist wohl absolut sicher. Schwieriger ist es, den Zusammenhang zwischen Rationalisierung und Arbeitslosigkeit festzustellen. Daß Rationalisierung in vielen Betrieben einen Überfluß an Arbeitskräften zur Folge hat, steht auf Grund der Tatsachen allerdings fest. Schwieriger ist es indessen, mit größerer Genauigkeit angeben zu können, ob die Arbeitslosigkeit in einem bestimmten Betriebe zu einer bestimmten Zeit der Rationalisierung zugeschrieben werden muß. Die Tatsachen in den verflochtenen fünf Jahren haben wohl bewiesen, daß die Rationalisierung bei der Arbeitslosigkeit als besondere Ursache nicht einen so weiten Raum einnimmt, wie man vielfach vermutet. Betrachten wir z. B. Deutschland. Im Jahre 1925 nahm die große Wirtschaftskrise in diesem Lande einen Umfang, so daß die Zahl unterstelliger Arbeitstufen in nur einem halben Jahr von 200 000

auf 2 Millionen stieg. Im Jahre 1926 sank die Arbeitslosigkeit auf 1,5 Millionen; im Jahre 1927 ging die Zahl der Arbeitslosen abermals zurück, Erbe 1927 tritt erneut eine Zunahme ein, worauf jedoch die Zahl in den verfloffenen Monaten des Jahres 1928 wieder regelmäßig zurückgeht. Von einer regelmäßigen Zunahme der Arbeitslosigkeit durch die Rationalisierung (die doch gerade in den letzten Jahren einen so großen Umfang erreichte) ist also nicht zu meinen, wiewohl allerdings auch die Rationalisierung unumwunden ihren Einfluss auf den Arbeitsmarkt geltend machte. Hinsichtlich der Vereinigten Staaten gelangt Henri Fayl, Leiter des Arbeitsdienstes beim Internationalen Arbeitsamt, in einem in das amtliche Monatsblatt dieses Amtes aufgenommenen Artikel „Rationalisierung und Arbeitslosigkeit“ ebenfalls zu der Schlussfolgerung, „dass ein bestimmter Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit diesem Faktor (nämlich der Rationalisierung) zuzuschreiben werden muß, aber da nichts darauf hinweist, daß die Rationalisierungsbewegung im Jahre 1927 unermittelt mehr Intensität und einen schnelleren Gang angenommen habe als während des vorausgehenden Jahres, erscheint es uns schwierig, ihr das unermittelte Anwachsen der Arbeitslosigkeit zuzuschreiben, das soeben eingetreten ist.“ Der Verfasser nennt dann eine Anzahl anderer Ursachen, denen die größte Arbeitslosigkeit der jüngsten Zeit in den Vereinigten Staaten zugeschrieben werden muß. „Ausnahmefaktoren wie die wirtschaftliche Krise, die allgemein Präsidentenwahl vorausgeht, die Umstellung der Fabrikbetriebe, die Uebereinstimmungen des Milliums selbst das Ausbleiben reichlicher Schneefälle während des letzten Winters, das einer langsam gemachten Beschäftigung in der diesem schwachen Bruchteil der Bevölkerung, der jeden Winter auf der Suche nach Gelegenheitsarbeiten in den Städten zuströmt, gebunden der Arbeiter beruht hat.“ Ein anderes Beispiel liefert uns nach England, wo, wie bekannt, die Rationalisierung nur erst in ihren Kinderstufen steht, aber die Arbeitslosigkeit stärker weiterwächst als in anderen Ländern. Auf das Zusammenfallen kann sich also die Behauptung nicht stützen, daß die Arbeitslosigkeit in der Epoche der Rationalisierung einer letzten ausschließlichen zuzuschreiben ist oder daß Rationalisierung unermittellich zu Dauerarbeitslosigkeit führen müßte. Dies schließt jedoch nicht aus, daß Rationalisierung auf unvollständiger zeitweiliger Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Diese Erscheinung läßt sich in allen Ländern feststellen, auch in Sommerland, wo auf den Kongressen der Gewerkschaften mehrfach die Rationalisierung als die unmittelbare Quelle der Arbeitslosigkeit bezeichnet wurde.

Das Problem der „technologischen Arbeitslosigkeit“, wie man dies in Amerika nennt, bedarf auch weiterhin auf das Dringende einer Lösung. Was wird mit dem Ueberflus an Arbeitskräften geschehen müssen. Green ließ sich bei einer kürzlich gehaltenen Ansprache auf der Universität Michigan folgendermaßen dazu aus: „Wenn diese neuen Industrien den Sättigungspunkt erreichen, wird ein sehr ernstes Problem ständiger Existenzlosigkeit von Menschen durch den Gebrauch verfeinerter Maschinen konstitutiv gestellt und einer Lösung zugeführt werden müssen.“ Neben einer systematischen Ueberführung von Arbeitskräften nach anderen Berufen ist jedoch auch der Ausbau der Arbeitslosenversicherung und der Arbeitsvermittlung in dem meisten Ländern eine dringende Forderung, wenn die neue industrielle Phase nicht zugleich als die des zunehmenden Kapitalismus gekennzeichnet werden will. Schließlich kann die Rationalisierung kein Selbstzweck sein. In letzter Instanz kann sie nur dann nützliche Wirkungen zeitigen, wenn der durch sie ermöglichte größere Arbeitsbeitrag mit geringerer Anspannung von der Gemeinschaft abfordert werden kann. Dies ist die Aufgabe der Rationalisierung: sie kann auf die Dauer den Unternehmern nur Vorteile einbringen, insofern auch der Kaufkraft der Bevölkerung Rechnung getragen wird. Die Unternehmer, die die Bedeutung der steigenden Kaufkraft nicht einsehen, werden dies lernen müssen. Die Erhöhung des Reallohnens Zug um Zug in der Form der

Loohnherhöhung oder der Preisentlastung, wie diese in der Pariser Entschädigung des Internationalen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1927 und in den Beschlüssen zahlreicher Landeszentralen geschildert wird, bleibt die gebieterische Forderung der Gewerkschaftsbewegung, und zwar nicht nur im Interesse der Millionen Produzenten, sondern auch des Interesses der ganzen Gemeinschaft wegen.

Amerikanische Wertstudenten in Deutschland.

Vor zwei Jahren ist zum ersten Male eine größere Anzahl deutscher Wertstudenten nach Amerika gereist, um dort in den verschiedenen Betrieben landwirtschaftlicher und industrieller Art ihre technischen Kenntnisse zu bereichern oder überhaupt amerikanische Produktionsmethoden kennenzulernen. Bei der Erkenntnis der amerikanischen Einwandertumsbewegung war es nicht ganz leicht, hier eine befriedigende Regelung zu erzielen. Sie ist gefunden worden. Sodann war aber auch noch eine Vertiefung mit den amerikanischen Wertstudenten erforderlich. Auch diese ist erfolgreich herbeigeführt worden, so daß die deutschen Wertstudenten die vorhergehenden zwei Jahre hindurch ungezügelt ihrer Arbeit „dröhnen“ haben nachgeben können. Aber nicht nur das. Viele von ihnen rühmen den kameradschaftlichen Geist, den sie bei den amerikanischen Arbeitern gefunden haben.

Ob sich die Erwartungen erfüllen werden, die in technischer Hinsicht an dieses Experiment geknüpft worden sind, kann erst die Zukunft sagen. Inzwischen sind (1927 und 1928) schon wieder zwei größere Transporte deutscher Wertstudenten nach Amerika abgegangen und arbeiten dort.

In diesem Jahre kommt nun zum ersten Male auch eine Anzahl amerikanischer Wertstudenten nach Deutschland. Sie wollen deutsche Arbeitsmethoden und deutsche Technik an der Quelle studieren. Sie wollen aber natürlich auch den deutschen Arbeiter kennenlernen, der ja zweifellos in mancher Hinsicht anders eingestellt ist als sein amerikanischer Kollegenkollege.

Es ist wohl selbstverständlich, daß die deutschen Arbeiter, die mit Recht auf ihre Internationalität stolz sind, dem amerikanischen Wertstudenten nur mit Verständnis begegnen werden, die die deutschen Wertstudenten in Amerika gefunden haben. Das ist um so notwendiger, als man dem familiär in Amerika wissend noch völlig falsche und zum Teil recht naive Vorstellungen von europäischem Sozialismus und europäischer Arbeiterbewegung hat.

Jedenfalls steht fest — das haben deutsche Wertstudenten, die in Amerika waren, bestätigt — daß dieser Wertstudentenaustausch eines der besten und wirksamsten Mittel für die Verständigung der Völker ist. Schon allein aus diesem Grunde werden die deutschen Arbeiter die amerikanischen Wertstudenten auf deutschem Boden willkommen heißen.

Einkommen und Auskommen.

Das Statistische Amt der Stadt Berlin hat den Wochenbedarf einer fünfköpfigen Familie auf 200,40 M. errechnet. Es ist aber andererseits festgestellt, daß mehr als 80 Proz. der Bevölkerung höchstens 150 M. monatlich verdient, so daß nur ein ganz kleiner Teil unseres Volkes das notwendige Einkommen hat. Bezeichnend ist aber in der Aufstellung des Statistischen Amtes auch, daß die — wie man das so gernputzt — Hiefisch, Brot Heizung und Wohnung nennt, aber Bildung und Kultur gar nicht aufzählt. Sie wird annehmend am besten: „Sonstiger Bedarf einschließlich Besteuer“ mitzuerrechnen. Aber wenn nur der Berufsverkehr und die Schulbücher und ein kleiner Sonntagsausflug abgehen, dann ist für Bildung kein Pfenning mehr übrig. Und das bei dem Einkommen von 500 M.!

Leipziger Messe und Wirtschaftsentwicklung.

Das Konjunkturforschungsinstitut hat in einer umfangreichen Arbeit den Zusammenhang der Leipziger Messe mit der deutschen Wirtschaftsentwicklung und dem deutschen Warenexport auf Grund von Fragebogen untersucht, die von rund 600 Firmen aller Branchen beantwortet wurden. Nach den gemachten Angaben waren für die Erledigung der unmittelbar auf den Leipziger Frühjahrs- messen hereingenommenen Aufträge insgesamt rund 5 Millionen Arbeitstage erforderlich. Sie entsprechen der Entlohnung einer durchschnittlichen täglichen Arbeitsdauer von 8 Stunden und einem durchschnittlichen Stundenlohn von 0,92 M. einer Lohnsumme von rund 37 Millionen Mark. Da der Lohnanteil bei uns im Durchschnitt 50 Proz. des Fabrikpreises ausmacht, kann als sicher gelten, daß die 600 Firmen, die die Fragebogen des Konjunkturforschungsinstituts beantworteten, auf der Frühjahrsmesse 1928 in Leipzig Aufträge in Höhe von 70 bis 80 Millionen Mark hereingenommen haben. Die berichtenden Firmen machen etwa 15 Proz. der Umsätze in Leipzig aus, so daß sich die Gesamtsomme der unmittelbar auf der Messe erteilten Aufträge auf mehr als 1 Milliarde Mark belaufen dürften.

Aus den Berichten der Aussteller geht weiter hervor, daß etwa die Hälfte der auf der Messe erteilten Bestellungen nach dem Ausland abgefertigt wurden. Wühin sind auf der Frühjahrsmesse in Leipzig Exportaufträge in einem Umfang von 500 Millionen Mark aufgegeben worden.

In der Gruppe Bedenwaren- und Reiseartikel konnte ebenfalls neue Exportmöglichkeiten erkannt und früher bestehende Geschäftsverbindungen erneuert werden. Während die Ausfuhr von Weißwässhern, Zigarren, Jäckern, Briefpapieren, Reiseartikeln, Damenschmuck usw. im Jahre 1928 nur 18 000 Doppelzentner betrug gegenüber 32 000 Doppelzentner im Jahre 1913, stieg sie im Jahre 1927 bereits auf 22 800 Doppelzentner. Die Raffinerieindustrie, die allerdings durch den Vergleich zu früher wesentlich gewachsenen Weltbedarf eine strukturelle Erweiterung ihrer Absatzmärkte verzeichnet, hat den Export sogar bereits über das Vorkriegsniveau steigen können. 1927 wurden etwa 8400 Doppelzentner, 1927 etwa 10 400 Doppelzentner Raffinerie, Handflößen aus Ueber und ähnliche Artikel ausgeführt, gegenüber etwa 3000 Doppelzentner im Jahre 1913. Die auf der Leipziger Messe für die Bedenwarenindustrie hereingenommenen Aufträge sprechen, ungleich auf die von den berichtenden Firmen beschäftigten Arbeiter, einer Beschäftigung von etwa 20 Millionen.

Bei dem deutschen Warenexport nimmt man an, daß eine Ausfuhr in Höhe von 1 Milliarde Mark rund 100 000 Beschäftigten in Deutschland Arbeit und Verdienst gibt. Viel wichtiger ist, daß auf der Messe die Aufträge teilweise hereinkommen. Die Fabriken können nämlich auf Grund dieser Wollenaufträge für längere Zeit disponieren und so der wichtigen Seilerherstellung übergehen.

Angeichts der bedeutenden volkswirtschaftlichen Auswirkung des Messelsgeschäfts ergibt sich die Pflicht, die in der Nachkriegszeit eingetretene Zerstückelung des deutschen Messelsgeschäfts nach Möglichkeit auszubügeln.

Steuerentlastung.

Der Reichstag hat am 12. Juli mit 210 gegen 188 Stimmen beschlossen, daß der bisher in Höhe von 15 Proz. bzw. höchstens 2 M. erfolgende Abzug vom Steuerbetrag auf 25 Proz. bzw. 3 M. erhöht werden soll. Daneben soll eine weitere Ermäßigung der Steuerlast durch eine Ueberprüfung herbeigeführt werden. Die Gesetzesregelung soll am 1. Oktober d. J. in Kraft treten. Berner hat der Reichstag die Reichsregierung durch eine Resolution aufgefordert, weitere Steuerentlastungen zu erwägen. Die Länder Bayern und Sachsen haben gegen den Beschluß der Steuerentlastung im Reichstag Einspruch erhoben. Dieser Einspruch wurde mit 38 gegen 30 Stimmen abgelehnt und hat nunmehr auch der Reichsrat die Steuerentlastung bewilligt.

Genossenschaftliche Zigarettenfabrikation.

Die Großenhainer-Genossenschaft Deutscher Konsumvereine m. B., Hamburg, hat im Mai dieses Jahres ihre Zigarettenfabrikation von Stuttgart nach dem Ort Zennitz, nach Hamburg, verlegt. Der Umfang in die dort bestehende ehemalige GEB-Zigarettenfabrik hat vollkommenen Gehegen, alle technischen und fabrikatorischen Einzelheiten von Grund auf für Qualitätsleistungen vorgesehen. So wurden dort folgende Einrichtungen getroffen:

Im Keller des Fabrikgebäudes ist als bedeutungsvollste Ausrüstung eine sogenannte Klimatisierungsanlage eingebaut. Von Meier wird nach einem patentierten Verfahren in alle Verarbeitungsräume genau temperierte und mit einem ganz bestimmten Feuchtigkeitsgehalt gesättigte Luft verteilt, um die Tabaksorten in ihren verschiedenen Fabrikationsstadien dürrig und aromatisierend zu erhalten. In den beheizten Kellerräumen werden die zur Vererbung kommenden feinen orientalischen Tabake aufgeföhrt, nach Art und Qualität bis ins einzelne sortiert und von hervorragenden Fachleuten geprüft. In dieser sorgfältigsten Arbeit liegt das eigentliche Geheimnis der Zigarettenfabrikation, da von ihr der Geschmack und das Aroma der Zigarette abhängt. Bei der Mischung und Sortierung werden auch alle dem Tabak vom Ursprungslande her etwa anhaften Unreinlichkeiten sowie jede Staubbildung durch eine elektrisch-pneumatisch arbeitende Anlage beseitigt.

Nachdem der Tabak durch Maschinen in seine Fäden geschnitten und während seiner pneumatischen Beförderung ins dritte Stockwerk von neuem automatisch gelodert und gereinigt worden ist, bildet er eine ideale Mischung von Sorten der verschiedenen Provenienzen, deren Eigenschaften entsprechend abgemessen sind. In diesem Zustand hat der Tabak 24 bis 48 Stunden Ruhe, damit sich die Verfeinerung der Einzelstücke zum vollendeten Zigarettenaroma vollzieht. Dann wandert er auf die Zigarettenmaschinen. Von diesen Wunderwerken der Technik sind dauernd drei Stück tätig; sie stellen bei acht-

stündiger Arbeitszeit auf eine Million Zigaretten her. Ein laufendes Band gibt die Möglichkeit sorgfältigster Prüfung und Entfernung von etwa mißlungenen Exemplaren, dann läßt man die Zigaretten in offenen Kästen 24 bis 48 Stunden ablagern. Nach nochmaliger Sortierung werden sie schließlich zu 10 Stück oder 25 Stück in die geliebtesten GEB-Gehäusen verpackt, maschinell handverpackt und sind dann zum Verkauf fertig.

Die ausschließliche Verarbeitung von Orienttabaken, das Zusammenstellen neuer Mischungen durch erstklassige Fachleute und die Benutzung der zurzeit vollkommensten Einrichtungen dieses Arbeitsgebietes haben GEB-Zigaretten ergeben, die unbedingt jeden Vergleich mit den unter ungeheuerstem Reklameaufwand angepriesenen Marken- zigaretten ausbilden.

Hier möge noch eine kurze volkswirtschaftliche Betrachtung folgen. Der Konsum an Zigaretten ist in Deutschland nach der amtlichen Statistik seit 1913 auf das Doppelte gestiegen. Im letzten Jahr wurden allein für 1442 Millionen Mark Zigaretten verbraucht. 800 000 Handwerksbetriebe beschäftigen sich damit, diese Zigaretten an den Mann zu bringen. Ihre Verdienstsituation dabei muß nach erfolgter Ueberlegung einer einschneidenden Verengung mit 30 Prozent, die Ausgaben für Reklame mit 6 Prozent angenommen werden. Die arbeitende Bevölkerung mit 30 Prozent, die Ausgaben für Reklame mit 6 Prozent, die Reklame-Institute insgesamt eine halbe Milliarde Mark im Jahr.

Die einfache Frage ist: muß das so sein? Können die arbeitenden Klassen, die auch ihr Gehalt nachvoll zu bestimmten Handel nicht herausfinden?

Da sind die genossenschaftlichen, in jeder Hinsicht unbeteiligten Konsumvereine, die diese Zigaretten ohne verteuerten Manipulationen dem Verbraucher zuführen, da sollen vernünftigerweise auch die Wertigkeiten eines Willens sein, solche in ehrlicher Rücksicht auf ihren Bedarf hergestellten GEB-Zigaretten dem Konsumverein zu entnehmen.

Der gestrenge Herr.

Der Bauunternehmer J. in dem hegenstübigen Städtchen A. H. ist ein ebenso strenger wie tugendhafter Herr. Vor allem mag er Bummeler nicht leiden, besonders wenn sie bei ihm in Arbeit stehen. Sängli fuhr er mit seinem Auto zu einem seiner Bauplätze. Schon vor weitem sah er, daß einer der Arbeiter nicht zurück herumstand, sondern Arbeit angekommen war, begreute sich dieser nicht über den bauherrlichen Lärm vorbei. „Kommen Sie mit!“ rief er dem Arbeiter. Als beide im Auto Platz genommen hatten, fuhr er im 80-Kilometer-Tempo zu seinem Bauwerk. Dort angekommen, spielte sich die Unterhaltung etwa ab: „Wie lange sind Sie schon hier?“ „Hä! Zwei Wochen für Tage und sieben den Herrgott und mit der Zeit weg.“ Der Arbeiter wollte antworten, doch ließ der Bauherr nicht zu Wort kommen und herrschte ihn an: „Wie lange bezahle ich Ihnen, mehr nicht, denn können Sie gehen.“ „Aber...“ „Nichts aber.“ „Wie lange.“ Und meinetwegen noch zwei Stunden bis heute, weil ich mich nicht auch nach vor Gericht um Ihnen herumschlagen will. Einverstanden?“ „Ja.“ Sie haben ja gesagt, Stimmi!“ „Ja.“ Darauf begreute der Bauunternehmer vier Tage und zwei Stunden den Arbeitssohn, ließ den Betrag und das Einverständnis der Entlassung quittieren und sagte: „Sie können gehen.“ Mittags inspizierte der Unternehmer abermals den Bauplatz und freute sich, daß er nur geschäftige Leute im Das Exemplar hatte also gewirkt. Vor dem Weggehen fragte er den Arbeiter, ob er denn nicht bemerkt habe, daß der Arbeiter von heute früh ein Bummeler war. „Nein, Sie den Arbeiter, den Sie im Auto mitgenommen haben.“ „Ja, den meine ich.“ Darauf der Arbeiter: „Ach, Sie ihn nicht. Er hatte nur am Arbeit gefragt.“

(Münchner Post)

Die Reform der Krankenversicherung.

Der neue Reichstag wird sich dem Vernehmen nach sehr bald mit der lange fälligen Reform der Krankenversicherung zu beschäftigen haben. Bisher hat man sich an diese so notwendige Aufgabe nicht recht heranwagen. Zum Teil liegt das an der Schwierigkeit des Stoffes selbst. Die deutsche Krankenversicherung trankt seit ihrer Schöpfung an einem großen Uebel: der Zersplitterung. Man hat seinerzeit nicht den Mut gefunden, Sonderinteressen auszuhalten. Auch heute ist das annehmbar noch so, denn jetzt haben längst alle, die die Materie kennen, eingesehen, daß die Zersplitterung in viele kleine „Kassen“, abgesehen von der notwendigerweise eintretenden Verteuerung der Verwaltung, die Krankenversicherung an der vollen Entfaltung ihrer Kräfte hindert. Hat doch selbst der preussische Minister für Volkswohlfahrt erklärt, daß man von den kleinen Zununungs- und Betriebskrankenkassen nicht erwarten kann, daß sie die Aufgaben der Gesundheitsfürsorge übernehmen können. Aber noch ein anderes muß bei der Reform beachtet werden: Die Rechtsnachfrage der Versicherten in den Zununungs- und Betriebskrankenkassen. Bei der Errichtung von Zununungskrankenkassen brauchen die Versicherten nur „gebürt“ zu werden. Wenn sie bei dieser Anknüpfung sich gegen die Errichtung aussprechen, so gilt das nichts, die Zununung hat trotzdem das Recht, ihre Pflicht zu verwirklichen. Die Versicherten haben nur das Recht, ihr leistungsfähige Gebilde Beiträge zu zahlen. Auch den Vorständen der Kasse dürfen die Versicherten nicht wählen. Den „bestellt“ die Zununung aus den Vorstandsmitteln. Ein Versichert ist daher noch niemals zum Vorstände bestellt worden. Bei Betriebskrankenkassen ist das nicht anders. Hier ist der Arbeitgeber ohne weiteres Vorstandsmitglied. Das Selbstbestimmungsrecht der Arbeitnehmer, das heute überall anerkannt ist (Wahlen zum Reichstag, Landtag, zu den Stadtordnungsversammlungen usw.) wird hier einfach übergangen. Es ist Zeit, daß mit solchen Rückständigkeiten aufgeräumt wird.

Gewerkschafter, unterstützt euer eigenes Unternehmen

Wie bekannt, haben die freien Gewerkschaften, in dem Bestreben, den Kollegen preiswerte Fahrräder zu errichten, Bestellungen zu liefern, seinerzeit das Lindcar-Fahrradwert, Berlin-Lichtenrade, erworben. Infolge starker Umsatzrücknahme durch die Gewerkschaftskollegen hat das Werk umfangreiche bauliche Erweiterungen vornehmen müssen. Die Anlagen, die modern ausgestattet sind, entsprechen in jeder Hinsicht allen neuesten Ansprüchen. Die Leistungsfähigkeit des Werkes ist infolge dieser Neubauten soweit gestiegen, daß 600 Räder pro Tag hergestellt werden können.

Einer Broschüre über das Lindcar-Fahrradwert, die uns vorliegt, entnehmen wir einige Umjahzahlen, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Danach produzierte das Werk:

im Jahre 1926	13 000
im Jahre 1927	25 000
im Jahre 1928 bis Mai bereits	18 000

Fahrräder. Die Zahl 26 000 vom Vorkahre ist beim Erscheinen dieser Zeilen bereits weit überschritten.

Die Tendenz des Werkes ist: Jedem Freigewerkschafter ein Fahrrad aus dem gewerkschaftlichen Eigenbetrieb!

Wir nehmen diesen Gedanken auf, um ihn unseren Kolleginnen und Kollegen zur eifrigsten Befolgung nahezu legen. Die Bezugsbedingungen sind so günstig, wie nur irgend möglich gehalten.

Anlieferung erfolgt ohne Ausnahme gegen Wochenraten von 3 RM.

Für jedes Rad wird eine schriftliche dreijährige Garantie erteilt. Ersatzteile und Verpackung gehen zu Lasten des Lindcar-Werkes.

Um den Kollegen den Bezug der Fahrräder bequem zu gestalten, hat außerdem in einer großen Reihe von Städten Verkaufsstellen und Auslieferungsorte eingerichtet worden:

Berlin SW, Dramenstr. 127; Berlin KD, Gr. Frankfurter Str. 83; Bochum, Hofstr. 27; Breslau, Margaretenstr. 17; Burg bei Magdeburg, Katterling Nr. 11; Röhden (Anhalt), Schillerstr. 1; Dessau (Anhalt), Krasnische Str. 108; Dresden, Reichenberg Str. 4; Düsseldorf, Kaiserl. 10; Offen, Spoppenberg Str. 10; Osnabrück, Bismarckstr. 4; Magdeburg, Schillerstr. 7; Witten, Postgasse 42; Neuruppin, Ludwigstr. 66; Potsdam, Am Kolonnenberg 8; Steinf, Große Oberstr. 20; Wittenburg (Schl.), Neuestr. 20; Wolfenbüttel, Gr. Zimmerhof 10.

Wo länger bestehen, besteht die Vermittlung und Auslieferung durch die Ortsanschlüsse des ADGB, resp. der am Ort maßgebenden freigewerkschaftlichen Verbände. Wir fordern die Kolleginnen und Kollegen an, an diesem Werk industrieller Eigenproduktion mitzuwirken und wiederholen unsere Aufforderung am Anfang dieser Zeilen:

Unterstützt euer eigenes Unternehmen!
Ihr unterstützt euch selbst!

Sprachkurse.

Anfang August beginnen in der Sprachschule der Arbeiter und Angestellten Groß-Berlins die neuen Anknüpfungskurse (Aber-durchricht) in folgenden Sprachen: Englisch, Französisch und Russisch. Wichtigste beginnt ein Kursus „Deutsche Rechtschreibung und Sprachlehre“. Dieser Kursus wird behandeln: Mündliche und schriftliche Übungen in Rechtschreibung, Satzlehre und Sprachlehre; Fremdwörterkunde, „mir oder nicht“, grammatische Schwiegereisten, Satzlehre, Anfertigung von Kuffen. Zur Deckung der Kosten wird für einen drei Monate dauernden Kursus ein Beitrag von 10 RM. erhoben. Erwerbslose Kollegen zahlen monatlich 2 RM. Die Beiträge werden in allen Marken unentgeltlich geliefert. Die Kurse werden in drei Stadien abgehalten: Vorkurs, Vorkurs und Hauptkurs. Anmeldungen (schriftlich oder persönlich) in der Geschäftsstelle der Sprachschule, Berlin W. 57, Silesenstr. 6a.

Deutscher Sattler-, Tapezierer- und Portefeulien-Verband, Gauleitung Hamburg.

Hamburg 1, Beienbindehof 57, Gewerkschaftshaus, Zimmer 63.
Hamburg, den 20. Juli 1928.

An die Ortsverwaltungen des Gauces.

Meine Kollegen!
Der 11. Bezirk des ADGB hat aus Anlaß des Gewerkschaftskongresses, welcher ab 3. September 1928 in Hamburg tagt, die gesamte Gewerkschaftsjugend zu einem Jugendtreffen am 1. und 2. September in Hamburg eingeladen.
In Verbindung mit diesem Jugendtreffen soll auch den Jugendabteilungen der einzelnen Verbände Gelegenheit gegeben werden, zu besonderen Feiern unter sich zusammen zu kommen.
Die hiesiger Jugendleitung unseres Verbandes hat sich das Ziel gesetzt, unsere Verbandsjugend besonders zu begrüßen und ihr insbesondere durch Führungen in Hamburgs Sehenswürdigkeiten behilflich zu sein.
Die beruflichen Zusammenkünfte der Jugend werden am Sonntag, dem 2. September, morgens 8 1/2 Uhr stattfinden.
Ortsverwaltung und Jugendleitung in Hamburg laden hiermit unsere Jugendabteilungen zu der von ihr veranstalteten Morgenfeier zu vorgenanntem Zeitpunkt nach dem Gewerkschaftshaus, Beienbindehof 57, 1. Stock, Großer Saal, ein.
Musikalische Vorträge, Rezitation, Ansprachen und gemeinsamer Gesang werden miteinander abwechseln, unter Verbandsvorsitzender Kollege B. Blum sowie unsere übrigen Delegierten werden Gelegenheit nehmen, zu den Anwesenden zu sprechen. Nach Erledigung der Morgenfeier, gemeinsamer Festzug zum Rathaus in Hamburg und Empfang der Jugendführer durch den hiesigen Senat.
Kollegen! Das Jugendtreffen, insbesondere die Morgenfeier, soll eine frohe Erinnerung für das ganze Leben der Teilnehmer bleiben; deshalb richten wir an euch das Ersuchen, durch aktive Beteiligung zu dem guten Gelingen dieser Veranstaltung beizutragen.
Wir richten insbesondere an die Ortsverwaltungen die Bitte, ihre Jugendgruppen durch Unterstützung mit Geldmitteln die Teilnahme an diesem Jugendtreffen zu ermöglichen. Notwendig ist aber, daß unsere Jugendabteilungen bei solcher Hilfe auch verpflichtet werden, an der von uns veranstalteten Morgenfeier teilzunehmen. Alle Redungen über Quartier usw. sind an die örtlichen Ausschüsse des ADGB zu senden. Die Unterbringung erfolgt nicht nach Berufen, sondern nach Landeseinrichtungen. Neben dieser Regelung werden unsere Jugendgruppen jedoch ersucht, ihre Teilnahme am Jugendtreffen und an unserer Morgenfeier, dem unterzeichneten Gauleiter bis spätestens zum 20. August mit Benennung der Anzahl der Teilnehmer, an obige Adresse mitzuteilen. Wir rufen allen Jugendabteilungen ein herzliches und frohes Willkommen zu.

Die Gauleitung,
J. K. S. Dreßler, Gauleiter.

Korrespondenzen

Cassel. Mitgliederversammlung am 21. Juli 1928. Kollege Jüdisch hat den Rosenbericht vom 2. Quartal. Es ist ein steter Aufstieg in der Bilanz zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl betrug 193 männliche und 4 weibliche. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Dann erhielt Kollege Galm aus Offenbach a. M. das Wort zu seinem Referat über die gegenwärtige Situation. Einleitend übermittelte Kollege Galm den Casseler Kollegen einen herzlichen Gruß der Kollegen aus Offenbach. Ausgehend von den Worten Karl Marx: „Die Befreiung der Arbeiterklasse aus kapitalistischer Fron muß das Werk der Arbeiter selbst sein“, erwähnte er, daß 1848 schon die Arbeiterklasse die Vordersten bei den Kämpfen gewesen seien, aber durch die Verbindung des Bürgertums mit dem Adel um alle Erfolge betrogen worden sind. Auch bei der großen Volksbewegung 1914 bis 1918, wo die Arbeiterklasse ihren Mann gesteckt hätte, sei dieselbe für kapitalistische Interessen mißbraucht worden. Das gleiche sei auch beim Ruhrkampf und der Inflation der Fall gewesen, indem die Arbeiterklasse und selbst der Mittelstand um ihre letzten Sparreserven betrogen worden seien. Kollege Galm äußerte seine Meinung dahin, daß die organisierte Arbeiterklasse innerhalb der Gewerkschaften ihre Position stetig stärken und mehr auf Kampforganisation sich einstellen müsse. Aus diesem Grunde befürwortete er die Zentralisation der Gewerkschaften zu Berufsverbänden. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich die Kollegen sehr reg.

Zum Schluß sprach der Vorsitzende im Namen der anwesenden Mitglieder Kollegen Galm für seine sehr sachlichen Ausführungen den Dank aus. Anwesend waren 62 Kollegen. Hermann Pohl, Schriftführer.

Mitgliederversammlung. Unsere gelieferte Mitgliederversammlung am 21. Juli d. J. nahm die Abrechnung vom zweiten Quartal entgegen, die fast alle Kollegen mit einem Kassensaldo von 578 RM. ab.

Better wurde zur Einführung der Altersversicherung Stellung genommen. Grundfähig sind die Kollegen mit der Einrichtung der Altersversicherung einverstanden. Es wurde jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die einzelnen Gewerkschaften bestrebt sein möchten, die Regelung dieser Einrichtung einheitlich zu treffen.

Am 5. August soll ein Ausflug nach Babel stattfinden. Unser Stützpunkt feiern wir am 22. September im Vertikaleschhaus. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu einer bescheidenen Unternehmung für die Befreiung unserer Jahrestelle, welche am Jugendtreffen in Hamburg teilnehmen wollen.

Um 11 Uhr wurde die harmonisch verlaufene Versammlung von Vorstehenden geschlossen.

Bücherchau

Soziale Bauwirtschaft, Vierteljahr 6 Hefte. Bezugsgebühr 4,50 RM. für Gewerkschafter 2,25 RM.
Wir leben! Sagen die einen, die auf Kosten der anderen im Genuß des Lebens leben. Es ist eine Lust zu leben! Sagen die anderen, die das gleiche Lebensrecht für die Gesamtheit aller Menschen erkämpfen und die herrschende unheimliche primitiv-talantische Wirtschaftsordnung bekämpfen wollen und trotzdem den Aufbau einer neuen Wirtschaftsordnung antreiben, die allen Lebensraum und Lebensmittel verbürgt. Grauenhaft ist das in dem ersten erschienenen Heft 14 der Sozialen Bauwirtschaft wiedergegebene Gliedsbild der Berliner Bevölkerung. In einem Städtege 272 000 Unterstufe, 3095 völlig Obdachlos, in 11 Monaten 8000 Jugendliche vor Gericht, täglich 300 Strafanstaltene, dazu 35 000 Kriegsgefangene, 50 000 unheilbare Geburten, die fürchterliche Wohnungsnot, die wiederum eine Anzahl gewissenloser Menschen zur Ausbeutung der Wohnungsbezüglichen veranlaßt, wofür die in dieser Nummer veröffentlichte Bauwirtschaftslehre den Vorschlag macht. Daß die Kräfte, die am Wiederaufbau einer neuen Wirtschaftsordnung arbeiten, von den Vertretern der kapitalistischen Profitwirtschaft in Geld und Mann getrennt werden, zeigt die abgedruckte vom Verband Brandenburgerischer Metallindustrieller ersandene Aufforderung, feinerlei Bauaufträge an die isolierten Bauhütten zu vergeben. Alle diese Maßnahmen werden durch die Selbsthilfsgesellschaften der Gewerkschaften auf wirtschaftlichem Gebiet aufgebracht werden. A. C. Ullrich zeigt im Verlaufe des Baus, den die Arbeiterklasse gehen muß, um fruchtbringende Arbeit für eine neue Ordnung der Dinge zu leisten. Ein weiterer, mit guten Anhaltungen ausgestatteter Aufsatz von Christoph Carlsohn behandelt die technische Stufe auf der Jahresbilanz in Dresden. In kürzeren Artikeln wird dann noch das ungeschickte, auf Niedrighaltung der Löhne gerichtete Streben der Metallindustrie behandelt und nachgewiesen, daß es sich angeht, bei erheblichen Gewinnen dieser Industrie nur um ein Lohnausmaß von vier zu handeln kann.

Erlaubt des Sozialkongresses am 21. Oktober 1878. Am 21. Oktober d. J. ist seit dem Erlaß des Sozialgesetzes ein halbes Jahrhundert verstrichen. Zur Feier dieses Tages gibt der Zentralparitätierung der SPD, J. S. W. Dietrich, B. m. b. H., eine reich illustrierte Broschüre heraus. Diese Propagandaschrift erscheint im Format 810 x 230 Millimeter, ist reich illustriert, unter Abwirkung des Sozialen Kampfes und anderer hervorragender Ereignisse. Ausführlich der hohen Auflage, die etwa 1 Million betragen soll, ist es möglich, den Verkaufspreis auf nur 25 Pf. pro Exemplar festzusetzen. Der Wunsch vieler ungeschickter Sozialisten in dem zwölfjährigen Kampfe bei bewußtem sozialdemokratischen Verstandes gegen die Arbeiterbewegung des letzten Reiches Schwand hat sich für immer gelöst. Daher erwünscht den Überlebenden die Pflicht, noch einmal das Gedächtnis von den großen Sturmgezeiten des Kampfesgeschehens vollkräftig erwecken zu lassen.

Zu der in Nr. 29 erfolgten Besprechung des Buches „Wie es in China aussieht“ teilen wir mit, daß Organisationsmitglieder das Buch zum Preise von 3,50 RM. beziehen können.

Verbandsnachrichten (Bekanntmachungen des Vorstandes der Ortsverwaltungen)

Vom 30. Juli bis 5. August 1928 ist der 31. Wochenbeitrag fällig.
Pünktliche Beitragszahlung erhöht die Kampfkraft des Verbandes.
Alle Verwaltungsgeschäfte, welche die Monatsberichtsarbeiten für den Monat Juli noch nicht erledigt haben, werden dringend ersucht, das bisher Bekannte bis spätestens zum 8. August nachzuholen.
Mitgliedsbuch gefunden. Das Mitgliedsbuch des Portefeuliers Karl H. v. H., Buchnummer 8048 und ein Geklebbrief auf persönlichen Namen tauschend, sind gefunden worden. Beide Sachen sind durch die kurzezeitige Ortsverwaltung der Zentrale abzugeben.

Veranstaltungskalender

Dresden. Um das kollegiale Leben in unserer Lagerbranche zu fördern, finden von nun ab unter Brandenburger Verbänden jeden ersten Sonntag im Monat statt. Es gibt vieles, was mit einer größeren engeren Berufskollegen besprochen werden muß. allem ist es die Pflicht der jüngeren Kollegen, in unseren Versammlungen zu erscheinen, um mehr Anteil am Verbandesleben zu nehmen. Durch anregende Vorträge und Kollegentreuen werden wir versuchen, die Versammlungen interessanter zu gestalten. Am Sonnabend, dem 4. August, wird Kollege Bräuner über „Geschichte und Charakter“ sprechen. Die Versammlung beginnt um 18 Uhr.
W. Wollig, Brandenburger.

Neustadt Altes, Dienstag, den 7. August, Versammlung.

Adressenänderungen

Kraus i. Meckl.: Kassierer: Ernst Müll, Plauerstr. 12, Schmollstr. Kassierer: Emil Schmidt, Galtstr. 2, Drachbergstr.

Sterbetafel

Hannover. Am 21. Juni nach langer Krankheit Mitglied der Tapezierer Georg Kus, im Alter von 60 Jahren.
Ehre seinem Andenken!